

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Preispoli unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. — Volksheftkonto Nr. 53 477

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher 18608

Anzerate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Plagvorschritt 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Anzerate 20% Zenerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gelamaufgabe 4.— Mk. jedes Laufend. bei Zeilaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Anzeraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen

Hindenburg ruft!

Wie in den Augusttagen 1914 Wilhelm II., erläßt jetzt Hindenburg einen Aufruf an das deutsche Volk, einen „Appell an Deutschlands Ehre“, der sich sachlich kaum unterscheidet von der damaligen Kriegsanrede des jetzigen Kaisers. Und wie damals die Balkondeutschlands, wird jetzt auch der Aufruf Hindenburgs amtlich verbreitet; er trägt also offiziellen Charakter, die Regierung ist für ihn verantwortlich.

Der Aufruf lautet:

Berlin, 14. Februar. (Amtlich.)

Nachdem der Grenzschutz Ost der Obersten Heeresleitung übertragen worden ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt. Als ich im August 1914, zum Oberbefehlshaber der 8. Armee ernannt, im Osten eintraf, standen mir schwere Aufgaben bevor. Dank der Vortrefflichkeit von Führer und Truppen gelang es bei Tannenberg und den Masurischen Seen unsere Ostmarken vor dem feindlichen Einfall zu bewahren.

Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrage der Reichsregierung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes, nicht, weil wir, von der Übermacht unserer Feinde und der Hungersnot bedrückt, um Frieden bitten mußten, sondern weil ich unser Volk in sich zerrütet und erschläßt im Willen sehe. Viele stehen abseits und haben mit der Fremde am Vaterland auch jeden Opferwillen verloren. Wohin soll uns dieser Zustand führen? Wir müssen hindurch. Entschlossen an die Arbeit am Felde des Vaterlandes! Dazu gehört in erster Linie, daß wir eins sind in der Liebe zur Heimat, und den alten deutschen Boden schützen vor dem neuen Feinde, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht. Ihr freiwilligen und jungen Kameraden, die ihr zum Schutze der Ostmarken euer Leben einzuweisen entschlossen seid, denkt an die Gefahren von Jahre 1914! Und ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den Masurischen Seen, halt herbei, um mir zu helfen! Mein Appell an Deutschlands Ehre darf nicht ungehört verhallen. Welchen Stammes ihr seid, ob Hanen, Sachsen, Schwaben oder Preußen, welcher Partei ihr angehört, wir sind alle Deutsche! Verzicht, was uns trennen könnte, findet Euch wieder zusammen in Liebe zur Heimat, in Selbstschutz, Disziplin und Vertrauen zu Euren Führern! von Hindenburg.

So ähnlich wie der Hindenburgsche Aufruf klang schon einmal eine Rede aus. Damals hieß es: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! — Der noch immer gut kaiserlich gekleidete Marschall Hindenburg hat also nur seinen früheren Herrn kopiert. Daß es ihm aber gelingen werde, abermals eine Stimmung wie in den Augusttagen 1914 zu erzeugen, dürfte er und dürfte seine Regierungshilfsintermedien schwerlich glauben.

Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 14. Febr. Der Sonderzug der deutschen Waffenstillstandskommission traf heute vormittags 9 Uhr in Trier ein. Die deutschen Delegierten sind Reichsminister Erzberger, General von Hammerstein, Generalmajor von Daniel und Kapitän Vanselow, außerdem eine Anzahl Sachverständige. Die Ankunft hoch erfolgte um 12 Uhr. Die Sitzung wurde um 3 Uhr durch Koch eröffnet, darauf nahm Erzberger das Wort.

England fordert Zurückverfassung der Kriegskosten.

London, 14. Februar. Reuter. Im Unterhause erklärte Bonar Law auf eine Reihe von Fragen bezüglich der Zurückverfassung der Kriegskosten, die britischen Delegierten seien endgültig angewiesen, Entschädigung zu fordern, die sowohl die Kriegskosten als auch den tatsächlich angerichteten Schaden umfassen.

Die deutschen Seechiffe unter Entente-Kontrolle.

Paris, 14. Februar. Havas. Der Interalliierte Rat für Seetransporte bei der Pariser Konferenz beschloß, daß die deutschen und österreichischen Postdampfer in erster Linie für die Seemehrbedürfnisse von Truppen und für Lebensmitteltransporte in die verschiedenen Gegenden Europas verwendet werden sollen, einschließlich der befreiten und feindlichen Gebiete. Die Vollmacht über die Schiffe wird zwischen den verschiedenen assoziierten Regierungen verteilt. Die getroffenen Maßnahmen greifen keineswegs der schließlichen Verfügung vor, die durch den Friedensvertrag gerechelt wird. Die Schiffe werden die Platte des interalliierten Rates für Seetransporte und die Platte der betreffenden bevollmächtigten Nationen führen.

Belgische Truppen in Duisburg.

Duisburg, 14. Februar. (W. L. A.) In der vergangenen Nacht zogen hier auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandos infolge der Vorkommnisse am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhindern. Es ist eine

Kompanie eingedrückt, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathaus an, als dort Hamburger Spartakistenführer vorgeföhren waren, um von dem Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwängen. Die Belgier hielten das Auto an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die Belgier zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die drei Spartakisten wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze der Verwaltung das Rathaus.

In eisernen Fesseln!

Der Verteidiger Karl Madel teilt der Öffentlichkeit mit, daß er durch den Obersten Reinhardt daran verhindert wird, „in Madel im Gefängnis zu sprechen, trotzdem der Anwalt von dem allein unabhängigen Richter die erforderliche schriftliche Genehmigung hat.“ Der Verteidiger konnte gerade noch feststellen, daß Madel in so schweren eisernen Fesseln schmachte, wie es selbst bei Raubmördern nicht mehr üblich und bei politischen Gefangenen selbst unter dem alten Regime nicht vorgekommen ist.

Offiziell wird angekündigt, daß alle Demonstrationen, die als Protest gegen die Verhaftung Madels geplant werden sollten, aus einander entsprechend werden sollen. In Berlin besteht noch das Verbot von Ansammlungen und Demonstrationen.

Von der rechtssozialistischen und bürgerlichen Presse wurde behauptet, daß Madel unter falschem Namen nach Deutschland eingeschmuggelt habe. Madel bestritt das ganz entschieden. Er stellt fest, daß er unter seinem eigentlichen Namen Sobelsohn, der allgemein bekannt ist, die deutsche Grenze passiert habe. Er sei Chef einer russischen Gesandtschaft, die nach Berlin gerufen worden ist, um die also das Recht der Territorialität, außerdem könne er als Mitglied der russischen Revolution nicht von einem deutschen Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Schließlich bestritt Madel ganz entschieden, daß er eine strafbare Handlung begangen habe.

Herr Lindner aus Wilmersdorf bei Berlin, der mit noch einem Kumpan die Verhaftung Rosa Luxemburgs und Liebknechts veranlaßt hat, richtete sich in einer Zuschrift an den Sozial-Anzeiger so zu rechtfertigen:

Ich bekenne allerdings, daß ich die Verhaftung der beiden in die Wege geleitet und ausgeführt habe... Die Verhaftung war von meiner Seite nur eine vorläufige, als Mittelglied der Wiltnerwehr war ich mit Polizeibefehl ausgestellt, aber auch sonst war ich zur vorläufigen Verhaftung berechtigt, wie ja jeder Wiltner nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, Verbrecher durch ihre Verhaftung unschädlich zu machen.

Aus der Strafanstalt Zehl. in der sich die in den Berliner Sozialkämpfen genannten revolutionären befinden kommen Briefe mit erschütterndem Inhalt in die Öffentlichkeit. Sie werden schlecht behandelt und sehr schlecht vernichtet. Einige sind körperlich bereits so heruntergekommen, daß sie nicht mehr essen können. Es handelt sich um Untersuchungsgefangene, deren Schuld noch erwiesen werden soll.

In herrlichen Zeiten leben wir! In eisernen Fesseln wird gefesselt, wer nicht mit der Regierung Ober-Scheidemann einverstanden ist. Dem Hungerstode werden die ausgeliefert, die dasselbe tun, was die Herren Ober-Scheidemann im November 1918 getan haben, nämlich sich gegen die augenblicklichen Machthaber aufzulehnen. Nur daß die revolutionären Arbeiter ihre eigene Brut zu Marke tragen, während die Ober-Scheidemann die Nutznießer der Revolution geworden sind.

Zu allem paßt die freche Feststellung des Wilmersdorfer Bürgers, daß er auf Grund des Kaufrechts die Genossen Liebknecht und Luxemburg festgenommen und sie den Würdem in Soldatenuniform ausgeliefert hat, damit die beiden unschädlich gemacht würden. Das mittelalterliche Kaufrecht also im Zeitalter der Revolution!

Dazu paßt auch, daß in Berlin, in Bremen, in Weimar, in vielen anderen Orten die freie Bewegung der Arbeiter aufgehoben ist, daß die Militärs unbeschränkt herrschen, daß kein Arbeiter seines Lebens mehr sicher ist, der sich noch eine eigene Meinung erlaubt.

Eiserne Fesseln sind es, in die jetzt das revolutionäre Proletariat eingeschlagen werden soll. Aber diese Fesseln wird die Arbeiterklasse ebenso sprengen, wie sie das noch der alten Gewaltherrschaft zerbrochen hat. Beißt es jetzt: Welche den Festen! So werden die heute Unterdrückten bald rufen können: Wehe den Siegern!

Das Fehlende.

Weimar, den 14. Februar.

Die Nationalversammlung bzw. die Regierung der Koalition bietet dem deutschen Volke ein Programm, das, soviel an ihm auszusehen ist, doch auch manches Erstrebenswerte bietet. Alle dings, bei dem Gedanken, daß das Zentrum und die aus den Fortschrittler und Nationalliberalen frisch zusammengesetzte bürgerliche Demokratie bei der Durchführung dieses Arbeitsplanes Pate stehen, können den politischen Praktiker nicht gerade leise Zweifel beschleichen, ob so mancher Punkt dieses Schauprogrammes nicht wesentlich verändert aussehen wird, wenn er erst ins Licht der Wirklichkeit tritt. Ob mancher nicht gar ins Gegenteil verkehrt sich darstellen, ob mancher nicht gar völlig im großen Papierkorb der Regierungsmaschinerie verschwinden wird. Aber lassen wir alle diese Zweifel einmal beiseite. Nehmen wir an, die Scheidemann-Schiffer-Giesberts brächten es und wollten es wirklich dahindringen, daß dieses Programm wirklich und entschieden durchgeführt wird. Es wäre töricht zu leugnen, daß dieses Ergebnis ein Fortschritt in der politischen und sozialen Gestaltung Deutschlands bedeutete. Eines würde aber auch dann fehlen, und das ist gerade das Eine, das die deutsche Arbeiterchaft von der Revolution als Haupt- und Kernstück fordern muß: der Sozialismus. Das hat schon der erste Tag der Programmdebatte gezeigt. Das zeigte nicht minder der zweite Tag.

Von dem Leiter des Auswärtigen Amtes, dem Grafen Brodorski-Rangau, kann man natürlich schon gar nicht verlangen, daß er den Verheißungen der neuen Regierung den fehlenden sozialistischen Geist einhauchen solle. Er kann den Mangel nicht beheben, denn er ist bestenfalls ein bürgerlicher Demokrat — wie er mit einer Kofferette versichert, trotz seines feudalen gräflichen Wappens. Es ist bezeichnend, daß der Herr sich von diesem Hinweis eine gewisse Wirkung versprechen darf. Denn niemand wird vernünftigerweise bezweifeln, daß ein halbwegs gescheiter Adeltiger sich mit den Zielen der neugeborenen demokratischen Partei einverstanden erklären könnte. Dem Grafen Brodorski-Rangau mag vielleicht die demokratische Gesinnung sogar noch etwas tiefer sitzen, als wir sie bei manchen der rasch bekehrten ehemaligen Freisinnsmännern und Nationalliberalen vermuten, deren nur zu weitläufige und zweifelhafte Beziehungen zur Demokratie uns aus der politischen Praxis der vorrevolutionären Vergangenheit zu sehr bekannt ist. Zum mindesten hat Graf Brodorski sich die demokratischen Ideen über die Umgestaltung des Verhältnisses der Völker zueinander in weit größerem Maße zu eigen gemacht, als so mancher Liberaler und Zentrumsmann von sich sagen kann, der zur Zeit der Hochflut des annexionsistischen Nihilismus von 1918 die Friedensrevolution vom 10. Juli 1917 schmählich im Stich ließ. (Und dasselbe gilt von den mehr oder minder offenen Vertretern des Annexionsismus unter den Rechtssozialisten, deren bekanntlich gar nicht zu wenige zu zählen sind oder richtiger waren.)

In der Rede des Staatssekretärs fanden sich jedenfalls eine Reihe freimütiger Sätze, die in der Anerkennung deutscher Schuld am Kriege weiter gingen, als so manches, was wir von rechtssozialistischer Seite gehört haben. Sie können zur allmählichen Entlastung der Atmosphäre beitragen, die sich zwischen uns und die Träger der Entente gelegt hat. Sie gehören zu einer Politik, die uns das Vertrauen der Völker wieder verschaffen soll. Vom Standpunkte der Koalition aus hat daher Graf Brodorski eine kluge und gesunde Rede gehalten. Seine offene Ablehnung vom alten System der gegen eiltigen Völkerverehrung und Hervorbringung, die als die eigentlichen Aufgaben der bisherigen Diplomatie galten, sein für einen Regierungsmann nicht ganz leichtes Einverständnis, daß in der Behandlung der Eingeborenen der Kolonien nicht alles so zweifelsohne war, wie die Preisboz der deutschen Kolonialpolitik es gewohnheitsmäßig hinzustellen pflegen, gehören zu den Mitteln, die im Auslande moralische Werbung für das neue demokratische Deutschland entfalten können. Und da der Minister daneben die deutsche Forderung nach Gerechtigkeit stark betonte, so werden die Parteien des Regierungsbündes mit ihm zufrieden sein können. Daß wir mehr zu fordern haben, als er geben kann, eine radikalere Abwendung vom weltpolitischen System der Vergangenheit, eine entschiedenerer Preisgabe der Politik, die zum Weltkrieg geführt hat, eine deutlichere Anerkennung der belandenen Schuld, die auf das Konto des gewesenen Deutschlands entfällt, das brauchen wir nicht zu sagen. Insbesondere aber vermischen wir eine eindeutige Erklärung, wie die neue deutsche Regierung sich die Gestaltung des Verhältnisses zur russischen Republik denkt. Die wütenden Kampfanlagen an die Sowjetregierung und die moralischen Verbönerungen der Bolschewiki durch unsere geinnungstüchtigen Rechtssozialisten hatten